

PRESSEMITTEILUNG

Ministerium bespricht mit Krankenkassen und Kommunen Gesundheitskarte

SM

Die Landesregierung hat Gespräche mit den Krankenkassen und den kommunalen Spitzenverbänden über die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge aufgenommen. Bei einem Treffen im Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales sagte Staatssekretär Nikolaus Voss: „Wir streben eine Lösung an, die die notwendige medizinische Versorgung der Flüchtlinge sicherstellt und den Verwaltungsaufwand bei der Abrechnung deutlich reduziert.“

Schwerin, 6. November 2015

Nummer: 100

Die elektronische Gesundheitskarte beinhaltet einen klar definierten Leistungskatalog nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Behandlungen wie Zahnersatz, Kuren oder Psychotherapien sind darin nicht enthalten.

Nach dem ersten Informationsgespräch am Freitag werden sich alle Beteiligten Ende November zu weiteren Verhandlungen treffen, um eine zügige Einführung der elektronischen Gesundheitskarte zu ermöglichen.

Ministerium für Arbeit, Gleichstellung
und Soziales Mecklenburg-Vorpommern
Werderstraße 124
19055 Schwerin
Telefon: 0385/588-9003
Telefax: 0385/588-9709
E-Mail: Christian.Moeller@sm.mv-regierung.de
Internet: www.mv-regierung.de/sm

V. i. S. d. P.: Christian Moeller